

## Polen vor Neuwahlen?

### Die Auflösung der Regierungskoalition und politische Korruption führen zu erneuten Turbulenzen

von

Stephan Raabe

Warschau, Samstag 7. Oktober 2006

---

Mit der Bekanntgabe der Entlassung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden der sozialpopulistischen „Selbstverteidigung“ **Andrzej Lepper** aus der Regierung ist am 21. September die erst Anfang Mai geschmiedete konservativ-populistische Regierungskoalition von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), „Selbstverteidigung“ (Sam) und „Liga der Polnischen Familien“ (LPR) auseinander gebrochen. Lepper hatte zuvor bekräftigt, dass seine Partei dem Haushalt 2007 nicht zustimmen werde, weil darin zuwenig Unterstützung für Landwirte und sozial Schwache enthalten sei. Die ob der Unberechenbarkeit der Partner absehbare Instabilität der Regierung hat sich damit bereits nach wenigen Monaten bewahrheitet.

Bei dem Bemühen, im Sejm eine neue Mehrheit durch die Abwerbung von Abgeordneten aus anderen Fraktionen zu gewinnen, hat sich PiS zudem selbst desavouiert, indem Abgeordneten politische Posten und auch Geldleistungen in Aussicht gestellt wurden. Ein im privaten Fernsehsender TVN ausgestrahlter und mit versteckter Kamera gedrehter Beitrag zeigt ein entsprechendes Gespräch zwischen der Abgeordneten **Renata Beger** (Sam) und dem stellvertretenden PiS-Vorsitzenden **Adam Lipinski** sowie **Wojciech Mojzesowicz**, die beide als Staatssekretäre in der Kanzlei von Premier **Jaroslav Kaczynski** tätig sind. Das Vorgehen wurde von Seiten der PiS zunächst als „normale politische Routine“ gerechtfertigt. In der Opposition und wohl auch in großen Teilen der Bevölkerung wird dies dagegen als klarer Fall von politischer Korruption angesehen. **Bronislaw Komorowski**, stellvertretender Vorsitzender der „Bürgerplattform“ und Vizepräsident des Parlaments stellte klar, dass es einen wesentlichen Unterschied gebe zwischen dem manchmal unschönen, aber demokratisch legitimierten Postengeschacher in Koalitionsverhandlungen zwischen Parteien und dem von der PiS praktizierten „Kauf“ von Abgeordneten aus anderen Parteien. **Jan Rokita**, der Premierminister-Kandidat der PO, nannte dies „organisierte Korruption“. Laut Umfragen sprechen sich über 60 Prozent für den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen aus.

Kaum ein Jahr nach ihrem Wahlsieg mit 27 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von gerade einmal 40 Prozent steht die PiS als führende Regierungspartei damit vor einem **Scherbenhaufen** ihrer hochtrabenden politischen Pläne: das national-konservative soziale Lagerkonzept ist gescheitert – zumindest bis auf weiteres; das Projekt einer von Korruption und postkommunistischen Prägungen gereinigten IV. Republik kompromittiert. Welche Optionen bleiben den Brüdern Kaczynski, dem Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten nun?

Für die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit von 231 Stimmen benötigt die PiS (154 Abgeordnete) neben der LPR (29 Abgeordnete) sowohl die bäuerliche Volkspartei (PSL, 25 Abgeordnete) als auch die neu formierte Fraktion „Bäuerlich-Nationale Bewegung“ (Ruch Ludowo-Narodowy, RLN, 15 Abgeordnete), die ehemalige Abgeordnete anderer Parteien (vor allem aus Sam und LPR) umfasst. Dann fehlen immer noch mindestens acht Stimmen, die durch Übertritte gewonnen werden müssten. Diese neue **Vierer-Koalition** könnte, wenn sie denn zustande käme, insofern eine größere politische Kohärenz und Stabilität gewährleisten, als sämtliche Partner bei Neuwahlen akut um ihren Einzug ins Parlament fürchten müssten. Dementsprechend richten sich momentan die Bemühungen der PiS auf diese Variante.

**Die PSL** steht in dieser Situation vor einem Dilemma. Auf europäischer Ebene ist sie gemeinsam mit der PO Mitglied der Europäischen Volkspartei und in Polen als traditionelle Interessenvertretung der Landbevölkerung in direkter Konkurrenz zur Sam. Bei einem Eintritt in die Regierung muss sie nach derzeitigem Stand damit rechnen, bei der eigenen Basis an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Entscheidet sie sich für den Verbleib in der Opposition, rücken Neuwahlen näher und droht das Verschwinden aus dem Sejm. Es ist zu hören, konservative Kreise der Katholischen Kirche drängen die PSL zu einer Regierungsbeteiligung. Schon beim Zustandekommen der national-konservativen Koalition hatten diese Kreise, namentlich **Erzbischof Slawoj Glódz** von der Diözese Warschau-Praga, eine Rolle gespielt. Bislang verliefen die Gespräche negativ. Der PSL-Vorsitzende **Waldemar Pawlak**, der als junger Mann bereits 1993/94 Premier war, hatte ein Bündnis unter Einbeziehung der PO vorgeschlagen, was die PiS ablehnte. Von Seiten der PiS heißt es, die PSL stelle „unannehbare Forderungen“.

Die zweite Möglichkeit ist die Rückkehr Leppers in die Regierung, was ein erneutes Aufeinanderzugehen der Antipoden **Kaczynski und Lepper** verlangen würde. Beide haben sich öffentlich heftig beharkt. Der Premier nannte seinen Vize einen „Lump“ und warf ihm „Streitsucht“ vor. Dieser wiederum attestierte dem Kabinettschef „Rüpelhaftigkeit“ und eine despotische Attitüde. Sich mit den Kaczynskis zu einigen sei eine Unmöglichkeit, denn „sie einigen sich nur mit denen, die vor ihnen in die Knie gehen“. Dennoch könnte es durchaus zu einer Kehrtwende rückwärts kommen, denn um sein „Programm zur Gesundung des Landes“ umsetzen zu können, braucht Kaczynski eine Mehrheit, und auch Lepper drängt es zurück an die Macht. Am Freitag, 6. September propagierte er auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Vorsitzenden der LPR, **Roman Giertych**, eine Fortsetzung der Koalition. Manche

Kommentatoren sagen, die Kehrtwende Leppers sei auch durch Geheimdienstakten bedingt, die ihn und seine Partei diskreditieren könnten und die durch die PiS zur Domestizierung des Populisten eingesetzt würden. Dies wäre ein klarer Fall von Erpressung und zeigt, welche Machenschaften der PiS zum Machterhalt zugetraut werden.

Die dritte Variante sind **vorgezogene Parlamentswahlen** (wahrscheinlich am 26. November verbunden mit dem zweiten Wahlgang der Regionalwahlen), die mit einer 2/3-Mehrheit in die Wege geleitet werden könnten mit den Stimmen der Opposition. Dabei würden nach derzeitigen Umfragen, die sich allerdings in der Vergangenheit nie als sehr verlässlich erwiesen haben, nur noch vier Parteien in den Sejm einziehen: die liberal-konservative PO als stärkste Kraft, gefolgt von PiS, dem Linksbündnis SLD und der Sam. Neben der PSL würde auch die LPR nicht mehr im Sejm vertreten sein. Dann könnte die PO eine „Große Koalition“ mit der PiS eingehen oder alternativ die Zusammenarbeit mit dem Linksbündnis anstreben.

Die **Opposition** fordert den Rücktritt der Regierung und strebt Neuwahlen an. Auf den befremdlichen Vorschlag der PiS, die stärkste Partei solle mehr als die Hälfte der Parlamentssitze erhalten, um eine klare Mehrheit zu erreichen, wird man sich nicht einlassen. Oppositionsführer **Donald Tusk** (PO) sagte: „Wenn es nötig sei, wenden wir uns an die Öffentlichkeit und zwingen diejenigen zum Rücktritt, welche die Republik kompromittieren.“ Die PO erhält durch die politische Krise deutlichen Aufwind. Früher als erwartet kann sie sich jetzt als konstruktive Alternative gegenüber der herrschenden innen- und außenpolitischen Unordnung, die die PiS bisher verursacht hat, profilieren. Am heutigen Samstag, 7. September folgten um die 15.000 Menschen dem Aufruf der PO zur Demonstration in Warschau. Neben **Donald Tusk** (programmatisch gerade die sozialen Themen angehend) sprachen **Jan Rokita** (rhetorisch brillant) und **Bronislaw Komorowski** (an die Solidarnosc anknüpfend) sowie kurz die Warschauer Bürgermeisterkandidatin **Prof. Hanna Gronkiewicz-Waltz** alles eingerahmt vom Schattenkabinett der PO. Die Botschaft war einfach: Wir können es besser, wir machen eine fortschrittliche, ehrliche und solidarische Politik – aus Liebe zu Polen. Die Menge skandierte die Namen Donald, Janek und Bronek. Die Kundgebung endete mit der Nationalhymne in der es heißt: „Noch ist Polen nicht verloren“. Gleichzeitig demonstrierten ca. 8.000 PiS Anhänger und 2.000 LPR-Anhänger in der Stadt.

Die **Wähler**, die bei den Wahlen vor einem Jahr auf einen politischen Neuanfang nach vier Jahren postkommunistischer Skandal-Regierung gehofft hatten, sind allerdings durch die Politik der PiS in sehr kurzer Zeit abermals enttäuscht worden. Das könnte, so ist zu befürchten, bei einer Neuwahl eine noch weiter sinkende Wahlbeteiligung von weit unter 40 Prozent zur Folge haben und erhöht den Bewährungsdruck auf die kommende Regierung und das Parlament. Vielleicht führt es aber auch dazu, dass manche, die im letzten Jahr nicht wählen gingen, nach der Erfahrung des weitgehend politisch verschenkten Jahres unter der PiS nun die PO wählen. Jedenfalls sind die anhaltenden Turbulenzen weder für die innenpolitischen Reformprozesse noch für die außenpolitische Handlungsfähigkeit förderlich.